

**Protokoll der Webex-Sitzung
Landesjugendhilfeausschusses Berlin (LJHA)
vom 15. Dezember 2021**

Teilnehmerinnen/

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 16:00 Uhr

Vorsitz: Frau Berndt

Protokoll: Frau Heinemann

Tagesordnung:

1. Aktuelles
2. LJHA-Protokoll
3. Sachstand Landesjugendförderplan
4. Sachstand / aktuelles zu Corona
5. Beschlussempfehlung:
Kinder- und Familienarmut bekämpfen - Aufbau eines Landesprogramms „Berlin stärkt Kinder:
Gleiche Chancen trotz Armut!“
6. Sonstiges

Frau Berndt eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Es besteht Einvernehmen, die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte umzustellen.

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

TOP 1: Aktuelles

Es wird zum Sachstand informiert:

Frau Stappenbeck -> Bericht vom Fachtag Flexibudget

Am 01.12.2021 habe der digitale Fachtag Flexibudget unter Beteiligung der bezirklichen Jugendamtsleitungen und Mitarbeitenden der Jugendämter, der freien Träger, SenFin und SenBJF zur ersten Auswertung des Berichtswesens stattgefunden.

Das Projekt sei gut und schnell angelaufen und werde im nächsten Jahr weitergeführt.

Frau Stappenbeck -> Sachstand Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF)

Die UMF-Zugangszahlen seien mit durchschnittlich täglich vier ankommenden UMF deutlich gestiegen. Die in den letzten Jahren entsprechend der gesunkenen Ersterfassungszahlen verringerten Platzkapazitäten würden wieder ausgebaut werden. Dazu würden die dafür in den letzten Jahren ausgesuchten und umgebauten Immobilien genutzt werden. Im Rahmen von Sofortmaßnahmen sei u.a., eine weitere temporäre Erstaufnahme eingerichtet worden.

Frau Stappenbeck -> Stand Rettungsschirm

In der Sitzung des Hauptausschusses vom 08.12.2021 habe dieser, zur Finanzierung von Einnahmeverlusten außerschulischer Bildungsstätten zur Bewältigung der Notlage infolge der Corona-Pandemie im Haushaltsjahr 2021 einer Entnahme von 691.232 € aus der Rücklage nach § 62 Landeshausordnung, zugestimmt. Die SenBJF beabsichtigt, diese Mittel für die Jugendbildungsstätten, das Labyrinth Kindermuseum, sowie das JugendKulturzentrum PUMPE einzusetzen. Das Freizeit- und Erholungszentrum erhält aus diesen Mitteln die Einnahmeverluste aus den kostenlosen Eintritten von Kindern und Jugendlichen für Schwimmhalle und Sommerbad im FEZ erstattet.

Herr Hilke -> BTHG Jugend-Rundschreiben Nr. 6

Auf Grund von Hinweisen, u.a. aus dem Teilhabebeirat, wurde für den Bereich der minderjährigen Menschen mit Behinderungen, ein Rundschreiben Nr. 6 verfasst und verschickt. Hierin wird u.a. darauf hingewiesen, dass bei Bedarf, in Hinblick auf die pandemische Lage, Leistungen auch in anderer Form sichergestellt

werden können und im Falle des Wegfalls von Regelangeboten, bei Bedarf, unbürokratische und schnelle Unterstützung an Familien sichergestellt werden sollte.

Weiterhin wird vor Jahresende noch das Rundschreiben zur Anwendung des TIB an die Jugendämter versendet werden. Auf Nachfrage führt Herr Hilke aus, dass der TIB zunächst noch nicht auf den § 35a SGB VIII Anwendung findet. Die Voraussetzungen für eine solche Anwendung sollen aber in 2022 erarbeitet und umgesetzt werden.

Für den Bereich der ambulanten Leistungen der EH in der Zuständigkeit der Teilhabefachdienste Jugend besteht Aussicht, dass die angestrebte Übergangs- und Erprobungsvereinbarung noch dieses Jahr abgeschlossen werden kann.

Herr Schulze -> Sachstand Zuwendungen Tarif

Bezüglich der Umsetzung des Tarifabschlusses im Zuwendungsbereich, finden derzeit Gespräche mit SenFin und SenIAS statt. Insofern können die Fragen nach Umsetzung des Tarifabschlusses noch nicht beantwortet werden. Hinsichtlich der Zuwendungen im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung wird auf das Schreiben der SenBJF im September verwiesen (siehe Anlage).

Herr Schulze -> Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt vom 03.12.2021

Es erfolgt der Hinweis auf die Frist zur Einsendung von Vorschlägen von Trägern der freien Jugendhilfe zur Berufung von Personen zum Mitglied im LJHA für die 19. Legislaturperiode.

TOP 2: Protokoll

Frau Kriebel bittet bei dem TOP „Aktuelles“ den Punkt „Qualitätsbeirat Bildung / Schule“ wie folgt zu ergänzen:

Frau Kriebel kritisiert die weiterhin fehlende Beteiligung der Jugendhilfe und der sozialpädagogischen Perspektive in dieser Qualitätsdebatte. Diese Engführung des Bildungsverständnisses blendet gesetzliche Grundlagen und die vielfältige Kooperationspraxis von Schule und Jugendhilfe (Jugendsozialarbeit, Ganztagsförderung und Betreuung, Lernförderung u. a.) aus. Sie bittet die Senatsjugendverwaltung auf Beteiligung der Jugendhilfe (öffentliche und freie Träger) zu drängen.

Weitere Protokollergänzungen gibt es nicht.

TOP 5: Beschlussempfehlung:

Kinder- und Familienarmut bekämpfen – Aufbau eines Landesprogramms „Berlin stärkt Kinder: Gleiche Chancen trotz Armut!“

Herr Scharf stellt die Beschlussempfehlung vor.

Im Rahmen einer allgemeinen Erörterung wird sich einvernehmlich verständigt, den vierten Spiegelstrich wie folgt zu ersetzen:

- Absicherung der Beteiligung von Familien und Kindern an der Entwicklung integrierter bezirklicher Strategien zur Prävention von Kinder- und Familienarmut und Bereitstellung entsprechender Ressourcen

geänderte B e s c h l u s s v o r l a g e

zu

Kinder- und Familienarmut bekämpfen - Aufbau eines Landesprogramms „Berlin stärkt Kinder: Gleiche Chancen trotz Armut!“

Der LJHA möge beschließen:

Der LJHA nimmt den Ersten Bericht der Landeskommision zur Prävention von Kinder- und Familienarmut zustimmend zur Kenntnis. Der LJHA fordert das Land Berlin zur stärkeren Prävention von Kinder- und Familienarmut auf, ein Landesprogramm "Berlin stärkt Kinder: Gleiche Chancen trotz Armut!" einzurichten. Dabei sollen folgende Eckpunkte Berücksichtigung finden:

- Die Einrichtung einer Koordination in jedem Berliner Bezirk zur Entwicklung und Umsetzung integrierter bezirklicher Strategien zur Prävention von Kinder- und Familienarmut,
- Die Schaffung einer Landeskoordination in der Geschäftsstelle der Landeskommision zur Prävention von Kinder- und Familienarmut
- Die Erarbeitung eines Handlungsleitfadens in Kombination mit Schulungen auch zur Armutssensibilisierung und Wirkungsorientierung zur Entwicklung Integrierte bezirklicher Strategien
- Absicherung der Beteiligung von Familien und Kindern an der Entwicklung integrierter bezirklicher Strategien zur Prävention von Kinder- und Familienarmut und Bereitstellung entsprechender Ressourcen

Begründung:

Berlin weist seit Jahren deutlich höhere Armutsquoten im Vergleich zum Bundesdurchschnitt und zu den meisten Bundesländern auf. Dies betrifft insbesondere Kinder und ihre Familien: Jedes vierte Kind in Berlin (27,7% der Kinder 6 - 15 Jahre, 2019, SGB II-Bezug¹) wächst in Armut auf. Das Aufwachsen in Armut hat gravierende Auswirkungen auf die soziale Teilhabe, die Bildung, Gesundheit und materielle Versorgung und letztlich auf die Zukunft dieser jungen Menschen.

2017 wurde eine Landeskommision zur Prävention von Kinder- und Familienarmut eingerichtet, um eine ressortübergreifende Strategie zur Armutsbekämpfung zu erarbeiten. Im Ergebnis wurde der Bericht „Berlin aktiv gegen Kinderarmut“ der Landeskommision vorgelegt. Jetzt geht es aus Sicht des LJHA darum, die Strategie in jedem Berliner Bezirk praktisch und schnell umzusetzen. Berlin darf es sich nicht

¹ VGL. EXPERTISE DES ISS, ARMUTSLAGEN VON KINDERN, JUGENDLICHEN UND IHREN FAMILIEN, 2020, S. 25.

länger leisten, weitere Zeit verstreichen zu lassen, bis konkrete Maßnahmen umgesetzt werden. Die Zukunft jedes vierten Kindes hängt davon ab.

Jens Uwe Scharf
(UA HzE)

Abstimmung: 11 / 0 / 0

TOP 3: Sachstand Landesjugendförderplan

Frau Stappenbeck und Frau Dr. Prausa informieren mit einer Präsentation zur Erstellung des 1. Landesjugendförderplans.

Hierzu wurde insbesondere eingegangen auf:

- die Gesetzesgrundlage und Ziele von Jugendförderplänen
- den Erstellungsprozess von Jugendförderplänen
- den aktuellen Stand zur Erstellung des 1. Landesjugendförderplans
- Ausblick 2022+

Einzelheiten können der Präsentation entnommen werden, die als Anlage zum Protokoll genommen wird.

TOP 4: Sachstand / Aktuelles zu Corona

Herr Schulze informiert zum Sachstand im Kitabereich:

Es erfolgt eine zahlenmäßige Übersicht in Bezug auf aktuell gemeldete Coronafälle in den Kita-Einrichtungen sowie auf Teil- bzw. Komplettschließungen.

In Bezug auf das relevante Infektionsgeschehen in den Einrichtungen wird zur Anpassung des Testregimes folgendes erläutert:

Testungen in den Kitas:

- Regelmäßige Testung der Kinder durch die Eltern wird fortgesetzt
- Pro Kind werden pro Woche 2 Tests zur Verfügung gestellt
- Testungen sollen durch die Eltern verbindlich erfolgen und sind somit Grundlage zur Bestätigung der seriellen Testungen in den Kitas
- Tests werden kontinuierlich über die Jugendämter zur Verfügung gestellt

- Testpflicht mit Lollitests ist in Vorbereitung; Verordnungsanpassung erforderlich
- Voraussichtliche Umsetzung im Januar 2022
- Zielsetzung dreimalige Testung der Kinder pro Woche
- Konkretisierung der Umsetzungen folgen

Impfungen von Kindern im Alter von 5-11 Jahren:

- Biontech / Pfizer stellt Impfstoff zur Verfügung
- SenGes ist in Vorbereitung, hierfür Ressourcen zur Verfügung zu stellen:
Pro Bezirk soll an einer Grundschule geimpft werden -> Schulen und Tageseinrichtungen im Umkreis können das Angebot jeweils vor Ort ebenfalls nutzen: geimpft werden ausschließlich Kinder,
- Größtenteils jedoch Impfungen durch die Kinderärzte
- Impfungen des pädagogischen Personals erfolgen auf Eigeninitiative in Impfzentren oder Arztpraxen

In einer anschließenden allgemeinen Erörterung wird sich insbesondere ausgetauscht zu:

- erforderliche Impfpriorisierung von Kindern mit Vorerkrankung und Kindern mit vorerkrankten Familienangehörigen bei Impfungen in den Schulen
- Festhalten am Modell des Regelbetriebs; Ermöglichung über das Testregime
- Ggf. jedoch neue Entscheidungen bei weiterem Ausbreiten der Omicron-Variante

Frau Stappenbeck informiert zum Sachstand der Umsetzung des Programms „Stark trotz Corona“:

Die Bezirke erhalten je 100.000 € für das Haushaltsjahr 2022 für die Jugendarbeit.

Die Bezirke haben ihre Konzeptionen abgegeben und erhalten noch in diesem Jahr die Schreiben zur auftragsweisen Bewirtschaftung. Da es sich hierbei um Bundesmittel handelt, fallen diese nicht unter die vorläufige Haushaltswirtschaft.

Bezüglich des erreichten konkreten Umsetzungsstandes des Programms „Stark trotz Corona“ wird im Übrigen im Januar berichtet werden.

Das Trägerschreiben bezüglich der Vorgaben zur Eindämmung der Pandemie im Bereich Jugend soll zunächst verlängert werden. Allerdings muss die Entwicklung der Lage aufmerksam beobachtet und ggf. auch kurzfristig mit einem aktuelleren Trägerschreiben reagiert werden.

TOP 6: Verschiedenes

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen

Die Sitzung wird geschlossen

Heinemann